

**Auswahl von Medienberichten
zur Anklageerhebung
gegen sechs Beschäftigte von Heckler & Koch
vom 5. November 2015 –
und zum Versäumnis der StA Stuttgart
Anklage gegen Verantwortliche
des Bundesausfuhramtes und des
Bundswirtschaftsministeriums zu erheben**

Eine Auswahl zusammengestellt von J. Grässlin

=====

Pressemitteilung der Staatsanwalt Stuttgart

PRESSEMITTEILUNG

05.11.2015

**Anklageerhebung gegen Verantwortliche eines
Waffenherstellers**

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat gegen sechs Angeschuldigte Anklage zum Landgericht - Große Wirtschaftsstrafkammer - Stuttgart wegen des Vorwurfs des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetz erhoben. Gegen die anderen 13 Mitbeschuldigten wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt.

Den Angeschuldigten wird vorgeworfen, in den Jahren 2006 bis 2009 in unterschiedlichen Funktionen an 16 Lieferungen von Gewehren und Zubehörteilen nach Mexiko beteiligt gewesen zu sein, wobei die Gewehre und Zubehörteile mit Kenntnis der Angeschuldigten in mexikanische Bundesstaaten abgegeben worden sein sollen, die nicht von den deutschen Exportgenehmigungen umfasst waren. Die Angeschuldigten waren in unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern für die Firma tätig gewesen. Die Anklage richtet sich gegen einen vormals für die Firma in Mexiko tätigen Verkaufsrepräsentanten, gegen eine Vertriebsmitarbeiterin, zwei ehemalige Vertriebsleiter, sowie gegen zwei ehemalige Geschäftsführer.

Die 13. Kammer des Landgerichts Stuttgart hat nun über die Eröffnung des Hauptverfahrens und die Anberaumung der Verhandlungstermine zu entscheiden.

(Ansprechpartner: Erste Staatsanwältin Krauth, Tel. 0711/921-4400)

Alle Pressemitteilungen der Staatsanwaltschaft Stuttgart auch im Internet unter:
www.staatsanwaltschaft-stuttgart.de/Pressemitteilungen

JG-INFOMAIL vom 05.11.2015

Erfolgreiche Strafanzeige Grässlin/Rothbauer gegen Heckler & Koch

ANKLAGEERHEBUNG GEGEN SECHS VERANTWORTLICHE VON H&K

**Höchst erfreulicher Erfolg für die Kampagne ‚Aktion Aufschrei
– Stoppt den Waffenhandel!‘**

**Grässlin legt Beschwerde ein wegen unterlassener Ermittlungen der StA
Stuttgart gegen Beteiligte im Bundesausfuhramt und
Bundeswirtschaftsministerium**

Freiburg, den 5. November 2015

1. Der Export von mindestens 10.000 G36-Sturmgewehren und weiteren Kleinwaffen nach Mexiko sowie die folgende widerrechtliche Verbringung von rund 5000 Sturmgewehren in mexikanische Unruheprovinzen ist einer der folgenschwersten illegalen Waffendeals in der deutschen Rüstungsexportgeschichte.
2. Die Anklageerhebung seitens der Staatsanwaltschaft Stuttgart (StA) nach meiner Strafanzeige vom 19. April 2010 kommt um Jahre zu spät. Dessen ungeachtet ist die Anklage gegen sechs Beschuldigte von Heckler & Koch – unter ihnen zwei ehemalige H&K-Geschäftsführer – ein höchst erfreulicher Erfolg für die Kampagne ‚Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!‘
3. Die Verantwortungskette für den widerrechtlichen Waffentransfer abertausender Sturmgewehre betrifft nicht einzig sechs Beschuldigte. Massiv zu kritisieren ist deshalb Einstellungsverfügung seitens der StA Stuttgart gegen weitere in den Exportskandal involvierte Mitarbeiter bei Heckler & Koch.
4. Die Filme von Daniel Harrich (»Meister des Todes« und »Tödliche Exporte« vom ARD-Themenabend am 23.09.2015 und Wiederholungen) erzeugten mit mittlerweile mehr als fünf Millionen Zuschauern den notwendigen Druck, der jetzt zur Anklageerhebung geführt hat.
- 5. In unserem aktuell erschienenen Enthüllungsbuch »Netzwerk des Todes. Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden« (Heyne-Verlag, Print und eBook) dokumentieren wir umfassend die enge Verwicklung des**

Bundesausfuhramts (BAFA) und des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) in diesen widerrechtlichen Waffenhandel. Die verantwortlichen Mitarbeiter der Rüstungsexportkontrollbehörden sind von der deutschen Justiz gleichsam dafür zur Rechenschaft zu ziehen.

6. Ich frage mich, welche Kräfte im Hintergrund gewirkt haben, dass die StA Stuttgart nach der Strafanzeigenerweiterung durch meinen Rechtsanwalt Holger Rothbauer 2012 und trotz absolut klarer Informationslage keine Ermittlungen gegen die Verantwortlichen bei der BAFA und beim BMWi aufgenommen hat. Dies stellt ein schweres Versäumnis der Stuttgarter StA dar, weshalb ich über Rechtsanwalt Holger Rothbauer Beschwerde einlegen werde.

7. Das nunmehr folgende Gerichtsverfahren gegen sechs Mitarbeiter von H&K – unter ihnen zwei damalige H&K-Geschäftsführer – ist ein bedeutender Schritt in Richtung Gerechtigkeit für die zahlreichen Angehörigen der Opfer des Einsatzes der in Mexiko eingesetzten G36-Sturmgewehre.

Jürgen Grässlin, Anzeigerstatter

Sprecher der Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«

Für Rückfragen und Interviews:

Jürgen Grässlin, Tel.: 0761-7678208

RA Holger Rothbauer, Tel.: 0173-65 77 693

Umfassende Webdokumentation zu den illegalen Waffenlieferungen nach Mexiko mit Link zu TV-Bericht in *SWR-Landesschau* Nachrichten vom 05.11.2015, siehe

<http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/vorwuerfe-gegen-heckler-koch-aus-oberndorf-staatsanwaltschaft-erhebt-anklage/-/id=1622/did=16428376/nid=1622/oo3nh8/>

Webdokumentation siehe

<http://story.br.de/waffen-fuer-mexiko/>

und

<http://www.swr.de/toedliche-exporte/-/id=15873060/sdop08/index.html>

MEDIENBERICHTE ZUR ANKLAGEERHEBUNG

Weitere Medienberichte in *DER SONNTAG* ... u.v.a.m.

ntv vom Freitag, 06. November 2015

Wirtschaft

Illegale Waffenexporte nach Mexiko?

Ex-Mitarbeiter von Heckler & Koch angeklagt

Die Waffenschmiede Heckler & Koch soll mit Wissen ranghoher Mitarbeiter über Jahre G36-Gewehre in verbotene mexikanische Unruheprovinzen geliefert haben. Nun erhebt die Staatsanwaltschaft nach jahrelangen Ermittlungen Anklage.

[Foto] Heckler & Koch soll mit Wissen der Führungsebene Waffen im mexikanischen Drogenkrieg geliefert haben. (Foto: *picture alliance / dpa*)

Wegen des Vorwurfs der illegalen Ausfuhr von G36-Sturmgewehren nach Mexiko hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart Anklage gegen frühere Verantwortliche des Waffenherstellers Heckler & Koch erhoben. Den sechs Angeeschuldigten wird vorgeworfen, zwischen 2006 und 2009 in unterschiedlichen Funktionen an 16 Lieferungen von Gewehren und Zubehörteilen nach Mexiko beteiligt gewesen zu sein. Die Gewehre und Zubehörteile sollen laut den Ermittlern mit Kenntnis der Angeeschuldigten in mexikanische Bundesstaaten abgegeben worden sein, für die es keine deutschen Exportgenehmigungen gab.

Schon seit Frühjahr 2010 ermitteln die Staatsanwälte in der Sache. In Mexiko tobt seit Jahren ein brutaler Drogenkrieg zwischen den Kartellen, in dem jährlich zehntausende Menschen sterben. Die Polizei gilt als korrupt und soll mit den Banden gemeinsame Sache machen. Waffenexporte in betroffene Provinzen sind deshalb verboten. Die Anklage lautet auf Verstoß gegen das Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetz.

Wusste die Führungsebene Bescheid?

Sollte das Landgericht Stuttgart die Anklage zulassen, müssen sich ranghohe Ex-Mitarbeiter von Heckler & Koch bald vor Gericht verantworten: ein damals in Mexiko tätiger Verkaufsrepräsentant, eine Vertriebsmitarbeiterin, zwei ehemalige Vertriebsleiter sowie zwei Ex-Geschäftsführer. Das Ermittlungsverfahren gegen weitere 13 zunächst Beschuldigte stellte die Staatsanwaltschaft ein.

Ins Rollen gebracht hatte den Skandal der Friedensaktivist Jürgen Grässlin. Ein verzweifelter Heckler & Koch-Mitarbeiter habe sich im Herbst 2009 an ihn gewandt, schreibt Grässlin auf seiner Webseite. Tausende G36-Gewehre seien in den Unruheprovinzen Chiapas, Chihuahua, Jalisco und Guerrero aufgetaucht, obwohl die Behörden Exporte dorthin ausdrücklich untersagt hätten. Bei H&K habe man bis hinauf in die Führungsebene von den Waffentransfers gewusst, behauptete der Informant laut Grässlin.

Heckler & Koch verwies darauf, dass die Firma 2012 eine umfangreiche externe Untersuchung des Sachverhalts durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG in Auftrag gegeben habe. Die Untersuchungsergebnisse seien den zuständigen Ermittlungsbehörden zur Verfügung gestellt worden. »Heckler & Koch sieht der Beurteilung des Sachverhalts mit der Erwartung entgegen, dass die Sach- und Rechtslage durch ein unabhängiges Gericht nun abschließend geklärt wird«, teilte das Unternehmen mit.

Quelle: *n-tv.de* , *afp/hvg*

Pressemitteilung des Heyne-Verlags vom 06.11.2015

ILLEGALE WAFFENEXPORTE: STAATSANWALTSCHAFT KLAGT WAFFENHÄNDLER AN.

DIE AUTOREN DES BUCHES »NETZWERK DES TODES« FORDERN: »AUCH DIE KONTROLLBEHÖRDEN MÜSSEN ZUR RECHENSCHAFT GEZOGEN WERDEN.«

Der Rüstungsgegner und Buch-Autor **Jürgen Grässlin** hatte im April 2010 Strafanzeige gegen die Verantwortlichen der Firma Heckler & Koch gestellt. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart ermittelte über fünfeinhalb Jahre. Seine Recherchen sind in dem von ihm und Filmemacher **Daniel Harrich** herausgegebenen Enthüllungsbuch »**Netzwerk des Todes**« (Heyne Verlag) zusammengefasst. Anhand umfassender Recherchen belegen sie im Buch, wie diese fragwürdigen Waffenlieferungen zustande kamen, und entlarven die Hintermänner und Drahtzieher – mit bisher unveröffentlichten Beweisen für das Zusammenwirken von Behörden und Waffenindustrie.

Für **Jürgen Grässlin** ist »die Anklageerhebung gegen H&K-Verantwortliche ein entscheidender Schritt in Richtung Gerechtigkeit für die Opfer des illegalen Waffendeals mit Mexiko. Auf die Anklagebank gehören aber neben den Verantwortlichen des Unternehmens auch die Unterstützer im Bundesausfuhramt und dem Bundeswirtschaftsministerium. Sie alle sind dafür verantwortlich zu machen, dass in mehreren mexikanischen Unruheprovinzen mit widerrechtlich gelieferten G36-Sturmgewehren gemordet wird. Hier geht es nicht um die Verurteilung einzelner Rüstungsmanager, sondern um einen umfassenden rechtsstaatlichen Prozess gegen alle Verantwortlichen – auch die in den Rüstungsexportkontrollbehörden. Wie dringend notwendig die Erweiterung der Anklageerhebung ist, belegen wir in den Dokumenten im Buch. Wenn die Stuttgarter Staatsanwaltschaft die von uns vorgelegten Insiderdokumente ignoriert und lediglich gegen H&K-Beteiligte Anklage erhebt, werde ich Beschwerde einlegen.«

Die Recherchen des Journalisten und Filmemachers **Daniel Harrich**, die die Grundlage für den ARD-Themenabend »Tödliche Exporte« (23.9.) sowie seinen viel beachteten Spielfilm »Meister des Todes« bildeten, belegen, dass die deutsche

Rüstungsexportkontrolle versagt hat. »Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Stuttgart zeigt, dass es sich lohnt für die Wahrheit zu kämpfen. Neben den Verantwortlichen von Heckler & Koch, gehören jedoch auch die Verantwortlichen der zuständigen Ministerien und Behörden auf die Anklagebank – denn auch sie haben sich offenbar strafbar gemacht.« **Daniel Harrich**

Kontakt:
Claudia Limmer
Leitung Presse und PR Heyne Verlag
Tel.: 089/ 4136-3130
E-Mail: claudia.limmer@randomhouse.de

Heyne ist ein Verlag der Verlagsgruppe Random House GmbH
Heyne Verlag | Presseabteilung | Neumarkter Str. 28 | 81673 München
www.heyne.de

Handelsblatt vom 06./07./08.11.2015

Heckler & Koch unter Feuer. Anklage: Waffenhersteller hat Mexiko illegal Gewehre geliefert

von M. Buchenau und A. Dörnfelder

Dunkle Geschäfte im Drogenkrieg? Der Waffenhersteller Heckler & Koch soll Tausende Sturmgewehre illegal nach Mexiko geliefert haben. Die Staatsanwaltschaft hat zwei ehemalige Chefs angeklagt. Das Unternehmen wies die Schuld von sich.

[Foto] Zentrale von Heckler & Koch in Oberndorf am Neckar

Mehr als fünf Jahre Ermittlungsarbeit.

(Foto: dpa)

Stuttgart/Oberndorf. Es passiert selten, dass ein Stoff für einen Wirtschaftskrimi verfilmt wird, bevor es überhaupt zur Anklage gekommen ist. So geschehen Ende September in dem Streifen »Meister des Todes« unter anderem mit Heiner Lauterbach und dem Münchener »Tatort«-Kommissar Udo Wachtveitl. Das Thema illegale Waffenexporte war dem „Ersten“ nicht nur einen Spielfilm, sondern einen ganzen Themenabend wert. ...

(Dreispalter)

Liveinterview mit *Radio Dreyeckland* am 06.11.2015, 8:15 – 8:25 Uhr

die tageszeitung / taz Printausgabe vom 06.11.2015
die tageszeitung / taz online vom 05.11.2015

Waffenexporte von Heckler & Koch

Mexiko-Deal kommt vor Gericht

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart erhebt Anklage gegen frühere Mitarbeiter von Heckler & Koch. Der Grund sind G36-Lieferungen nach Mexiko.

[Foto] Tötet in aller Welt: die deutsche Waffe G36. Foto: *dpa*

BERLIN *taz* | Der Mexiko-Deal des Rüstungsunternehmens Heckler & Koch (H & K) kommt vor Gericht. Fünfeinhalb Jahre nachdem gegen die Firma Anzeige gestellt wurde, hat die Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen sechs ehemals für H & K tätige Personen Anklage erhoben, teilte die Behörde am Donnerstag mit. Die Beschuldigten sollen mit dafür verantwortlich sein, dass Sturmgewehre vom Typ G36 zwischen 2006 und 2009 illegal in mexikanische Bundesstaaten geliefert wurden.

Der *taz* liegen Unterlagen vor, die zeigen, dass Polizisten beim tödlichen Einsatz in einem dieser Staaten nicht nur G36-Gewehre trugen, sondern damit auch auf Studenten schossen.

Zu den Angeklagten zählen der ehemals für H & K in Mexiko tätige Verkaufsrepräsentant, eine Vertriebsmitarbeiterin, zwei Vertriebsleiter sowie zwei damalige Geschäftsführer. Den Angeklagten wird vorgeworfen, gegen das Kriegswaffenkontroll- und das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen zu haben. Gegen 13 weitere Personen sei das Verfahren eingestellt worden, erklärte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft.

Der Sprecher der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel, Jürgen Grässlin, sprach von einem großen Erfolg der Friedens- und Menschenrechtsbewegung. Er hatte im April 2010 Anzeige gegen H & K gestellt. Ein Mitarbeiter des Betriebs hatte ihm von den illegalen Lieferungen berichtet. Später bestätigten Recherchen der *taz* und des *SWR*, dass mindestens 4.795 der rund 10.000 gelieferten Gewehre in vier Bundesstaaten geliefert wurden, für die das Bundesausfuhramt (Bafa) wegen der schlechten Menschenrechtsslage keine Exporte genehmigte: in Guerrero, Chiapas, Chihuahua und Jalisco.

Gezielt Dokumente geschönt

Aussagen in einem anderen Verfahren brachten zutage, dass H-&-K-Mitarbeiter gezielt Dokumente »geschönt« hatten, um den tatsächlichen Verbleib der Gewehre zu vertuschen. Während in einer Endverbleibserklärung genehmigte Bundesstaaten genannt wurden, landeten die Waffen tatsächlich etwa in Guerrero.

H & K hatte schon im Frühjahr alle Schuld an den Vorgängen von sich gewiesen. Nun teilte er mit, man erwarte bei der Beurteilung des Sachverhalts, dass die Sach- und Rechtslage abschließend geklärt werde.

Recherchen der taz ergaben, dass Polizisten die Gewehre bei einem Angriff auf Studenten am 26. September 2014 trugen. Gemeinsam mit Kriminellen töteten die Beamten damals sechs Menschen, 43 Lehramtsanwärter wurden entführt und sind bis heute verschwunden. Neue Dokumente, die der taz vorliegen, bestätigen jetzt, dass die Beamten auch mit den Gewehren schossen. Am Tatort wurden Patronenhülsen sichergestellt, die den G36 zuzuordnen sind.

Recherchen der taz ergaben, dass Polizisten die Gewehre bei einem Angriff auf Studenten mit 6 Toten und 43 Vermissten im September 2014 trugen

Im November 2012 erweiterte Grässlins Anwalt Holger Rothbauer seine Anzeige auf Mitarbeiter der Rüstungsexportbehörden. Diese sollen nicht nur von den geschönten Erklärungen gewusst haben, sondern sich trotz der skeptischen Haltung des Auswärtigen Amtes aktiv für H & K starkgemacht haben. Interne Schreiben der Ministerien bestätigen das. Demnach war man sogar bereit, rechtliche Risiken einzugehen.

So zweifelte der Ministerialrat Claus W., der heute unter Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel tätig ist, ob die Unterteilung in vier Bundesstaaten überhaupt legal sei. Aber man habe, so W., eine »politische Lösung angestrebt«. Dann wurde genehmigt. Die Staatsanwaltschaft hat sich bislang nicht entschieden, gegen Mitarbeiter des Bafa und des Wirtschaftsministeriums zu ermitteln.

<http://www.taz.de/Waffenexporte-von-Heckler--Koch/!5245982/>

taz-Kommentar Anklage Heckler & Koch

Juristische Ladehemmung

Die deutsche Justiz kann beweisen, dass sie die in Mexiko herrschende Straflosigkeit nicht auf internationales Terrain erweitert. Theoretisch.

[Foto] Ex-Mitarbeiter von Heckler & Koch sollen mit dafür verantwortlich sein, dass Sturmgewehre vom Typ G36 illegal in mexikanische Bundesstaaten geliefert wurden. Foto: dpa

Nein, die Stuttgarter Staatsanwaltschaft hat sich mit der Entscheidung, gegen Heckler & Koch Anklage zu erheben, keine Lorbeeren verdient. Im Gegenteil: 5 ½ Jahre hat es gedauert, bis sie sich zu diesem Schritt entschloss. 5 ½ Jahre, in denen Tausende durch die Kleinwaffen der Schwarzwälder Rüstungsschmiede gestorben sind. 5 ½ Jahre, in denen keiner der Beschuldigten im Gefängnis saß, obwohl sie de facto Beihilfe zum Mord geleistet haben. Keinem gewöhnlichen Kriminellen wäre die deutsche Justiz mit so viel Freundlichkeit begebenet.

Schlimmer aber ist: Es waren vor allem die Recherchen von Journalisten, die die Beweise geliefert haben, auf denen die Anklage baut. Die Strafverfolger haben sich lange Zeit nicht einmal bemüht, den Kunden, das mexikanische Verteidigungsministerium, zu fragen, wohin die exportierten Waffen denn gegangen sind.

Und wäre da nicht eine journalistische Offensive gewesen, die von unzähligen Artikeln bis zu einem *ARD*-Themenabend reichten, hätte die Behörde das Verfahren längst im Sande verlaufen lassen. Man kennt dieses Verhalten aus Mexiko. Dort führt es zu jener »Straflosigkeit«, die mit für die exorbitante Zunahme von Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist.

Nun hat die deutsche Justiz immerhin die Chance, zu beweisen, dass sie diese Straflosigkeit nicht auf internationales Terrain erweitert. Leider ist auch da Skepsis angesagt. Vieles spricht dafür, dass Beamte der Exportbehörden in den Deal involviert waren. Da ist die illegale Ausfuhr der schwäbischen Sturmgewehre allerdings keine Ausnahme.

Ohne die fragwürdigen Absprachen zwischen Rüstungsfirmen, Behörden und der Politik wären viele der kriminellen Geschäfte, die mit dem Export von Waffen gemacht werden, gar nicht möglich. Will man diese Geschäfte in Zukunft verhindern, muss man das gesamte Netzwerk des Todes zur Rechenschaft ziehen.

<http://www.taz.de/Kommentar-Anklage-Heckler--Koch!/5245905/>

Badische Zeitung vom 06.10.2015, S. 7

Anklage

Heckler & Koch: Anzeige aus Freiburg hat Folgen

Eine Anzeige des Freiburger Rüstungskritikers Jürgen Grässlin brachte die Sache ins Rollen: Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen Mitarbeiter des Waffenherstellers Heckler & Koch.

[Foto]

Waffen für jede Gefechtslage Foto: *dpa*

[Foto]

Jürgen Grässlin bei einer Protestaktion in Stuttgart. Foto: *dpa*

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat gegen sechs aktuelle oder ehemalige Mitarbeiter des Oberndorfer Waffenherstellers Heckler & Koch Anklage erhoben. Den Beschuldigten werden Verstöße gegen das Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetz vorgeworfen. Vorausgegangen waren jahrelange

Ermittlungen nach einer Anzeige des Freiburger Rüstungskritikers Jürgen Grässlin vor fünf Jahren.

Von der Anzeige waren ursprünglich 19 Personen betroffen, in 13 Fällen hat die Staatsanwaltschaft laut einer Mitteilung die Verfahren eingestellt. Den sechs Beschuldigten werfen die Ermittler vor, in den Jahren 2006 bis 2009 in unterschiedlichen Funktionen an 16 Lieferungen von Gewehren und Zubehörteilen nach Mexiko beteiligt gewesen zu sein. Details nennt die Staatsanwaltschaft nicht.

Doch gemäß der Anzeige Grässlins vom April 2010 sollen aus Oberndorf 10 000 Gewehre geliefert worden sein. Und dies, obgleich der damalige Außenminister Steinmeier Bedenken hatte wegen der problematischen Menschenrechtslage in Mexiko. Diese wurden umgangen mithilfe von sogenannten Endverbleibserklärungen. Sie sollten gewährleisten, dass die Waffen nicht in solche Regionen geliefert werden, in denen es Konflikte zum Beispiel mit indigenen Gruppen gab. Der Waffenhersteller habe zum Zeitpunkt der Lieferung gewusst, dass die Gewehre auch in die Unruheprovinzen geliefert werden sollten. Entsprechend seien Unterlagen manipuliert worden. In einer zweiten Anzeige hatte Grässlin 2012 Mitarbeiter deutscher Behörden wegen der Beihilfe angezeigt.

Die jetzt Beschuldigten waren in unterschiedlichen Funktionen für Heckler & Koch tätig, sowohl in Oberndorf wie auch in Mexiko. Zu ihnen zählen unter anderem zwei ehemalige Geschäftsführer. Einigen Mitarbeitern hatte Heckler & Koch vor Jahren gekündigt und ihnen vorgeworfen, eigenmächtig tätig gewesen zu sein. In dieser Sache läuft ein Verfahren vor dem Arbeitsgericht.

In einer Stellungnahme erklärte das Unternehmen, man sei bemüht, sich an der Aufklärung zu beteiligen. Aus diesem Grund habe Heckler & Koch 2012 eine umfangreiche externe Untersuchung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Auftrag gegeben. Die Untersuchungsergebnisse seien den Ermittlungsbehörden zur Verfügung gestellt worden.

Jürgen Grässlin reagierte enttäuscht, dass keine Anklage erhoben werde gegen Mitarbeiter des Bundesausfuhramtes und des Wirtschaftsministeriums, die den Handel gedeckt hätten. Er hat deshalb Beschwerde gegen die Einstellung eingelegt. Der Fall liegt nun bei der für Wirtschaftsstraftaten zuständigen 13. Kammer des Landgerichts Stuttgart. Sie muss entscheiden, ob ein Hauptverfahren eröffnet wird.

<http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/heckler-und-koch-anzeige-aus-freiburg-hat-folgen--113396206.html>

Süddeutsche Zeitung Printausgabe vom 06.11.2015, S. 6, und

Süddeutsche Zeitung online vom 05.11.2015, 18:57 Uhr

Waffenhandel

Sturmgewehre für Mexiko

[Foto] Das Gewehr G36 wurde in Regionen geliefert, für die es eine Sperre gibt.
(Foto: Ralph Orlowski/Reuters)

Verdächtige Exporte: Sechs ehemalige und aktuelle Mitarbeiter des Waffenherstellers Heckler&Koch stehen unter Anklage wegen des Vorwurfs des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz.

Von Max Hägler, Josef Keinberger, Stuttgart

Das Sturmgewehr G36 hat mittlerweile einen eher miserablen Ruf. Im harten Dauereinsatz sei es zu ungenau, hat das Bundesverteidigungsministerium nach langen Diskussionen entschieden - und mustert es nun aus. Dabei könnte man übersehen: Zum durchschlagenden Einsatz taugt es natürlich - der Hersteller Heckler&Koch aus Oberndorf hat die Waffe deshalb weithin exportiert. Mitunter zu Unrecht, wie die Staatsanwaltschaft Stuttgart jetzt entschieden hat.

Gegen sechs ehemalige und aktuelle Mitarbeiter der Waffenschmiede am Rand des Schwarzwalds ist Anklage erhoben worden wegen des Vorwurfs des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetz. Die Anklage richtet sich gegen einen vormals für die Firma in Mexiko tätigen Verkaufsrepräsentanten, eine Vertriebsmitarbeiterin, zwei ehemalige Vertriebsleiter sowie gegen zwei ehemalige Geschäftsführer. Zudem droht dem Unternehmen selbst - es nahm den Vorgang am Donnerstag »zur Kenntnis« - eine »Gewinnabschöpfung«. Das Landgericht muss nun über eine Zulassung der Anklage entscheiden.

Es geht bei den Vorwürfen nicht um Saudi-Arabien, wo ganz legal eine G36-Fabrik steht, sondern um Mexiko. In den Jahren 2006 bis 2009 seien die Angeschuldigten verstrickt gewesen in die Lieferung von mehreren Tausend Sturmgewehren und passendem Zubehör nach Mittelamerika: Dabei seien die Waffen - zu einem Stückpreis von etwa 2500 Euro - letztlich in mexikanische Bundesstaaten abgegeben worden, für die es eigentlich eine Ausfuhrsperre gibt: Chiapas, Chihuahua, Jalisco und Guerrero.

Blutige Banden- und Drogenkriege laufen dort ab, nicht immer ist klar, auf welcher Seite Polizei und Militär stehen, deshalb wollte die Bundesregierung eigentlich keine Ausfuhr von »Kleinwaffen« dorthin erlauben. Doch die Intervention von Regierungsbeamten führte dann offenbar lediglich dazu, dass Heckler&Koch die Zielregionen einfach angepasst hat. Die Unruheprovinzen tauchten dann nicht mehr auf in den Formularen - wobei die Stückzahlen exakt gleich blieben. Ein erhöhter Bedarf in den unbedenklichen Provinzen lässt sich laut den Ermittlungen aber nicht belegen; die neuen Anträge lagen dennoch binnen weniger Tage vor. Und die Waffen wurden letztlich dann doch dort eingesetzt, wo sie nicht landen sollten. Das berichten mexikanische Journalisten.

Mehr als fünf Jahre haben die Ermittlungen gedauert. Die Recherchen in Mexiko seien zeitraubend und umständlich gewesen, erklärt die Staatsanwaltschaft dazu, und zudem seien die Beteiligten jeweils an unterschiedlicher Stelle an den Ausfuhrverfahren beteiligt gewesen. Es sei es also aufwendig gewesen, ihnen jeweils eine individuelle Tatbeteiligung nachzuweisen.

Der Freiburger Friedensaktivist Jürgen Grässlin hat das Verfahren mit einer Strafanzeige im April 2010 angestoßen. Er wertet er die Anklage-Erhebung in einer Stellungnahme nun als »erfreulichen Erfolg«. Gleichwohl zeigt Grässlin kein Verständnis für die Dauer der Ermittlungen und auch dafür, dass die Verfahren gegen 13 Mitbeschuldigte eingestellt wurden.

Vor drei Jahren hatte Grässlin seine Strafanzeige erweitert auf das Bundesausfuhramt und auf das Bundeswirtschaftsministerium. Beide Institutionen hätten Heckler&Koch in dem damaligen Genehmigungsverfahren unterstützt und seien damit in den illegalen Waffenhandel verwickelt gewesen. Grässlin kündigt nun an, er werde Beschwerde einlegen, weil keine mutmaßlich Mitbeteiligten aus der Bundesbürokratie angeklagt worden seien.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/waffenhandel-sturmgewehre-fuer-mexiko-1.2724566>

Stuttgarter Zeitung online vom 05.11.2015 - 19:04 Uhr

Waffenexporte beschäftigen die Justiz

Ex-Mitarbeiter von Heckler & Koch angeklagt

Von Inge Nowak

Frühere Mitarbeiter des Oberndorfer Rüstungskonzerns sollen zwischen 2006 und 2009 an 16 Lieferungen von Gewehrteilen und Zubehörteilen nach Mexiko beteiligt gewesen sein. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft hat jetzt Anklage erhoben.

[Foto] Heckler & Koch hat nach eigenen Angaben die Aufklärung unterstützt und 2012 eine Untersuchung durch eine Unternehmensberatung in Auftrag gegeben. Im Bild: die Maschinenpistole MP5 *Foto: dpa*

Stuttgart - Die mutmaßlich illegalen Waffenlieferungen von Heckler & Koch nach Mexiko werden möglicherweise gerichtlich aufgearbeitet. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat nun Anklage gegen sechs Personen erhoben. Der Vorwurf lautet Verstoß gegen das Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetz. Sollten sie verurteilt werden, drohen ihnen mehrjährige Haftstrafen. Das Verfahren liegt nun der Großen Wirtschaftsstrafkammer beim Landgericht Stuttgart. Dort muss die 13. Kammer nun entscheiden, ob das Verfahren eröffnet wird und wann Verhandlungstermine anberaumt werden. Beides könnte sich durchaus noch etwa hinziehen, denn die Kammer beschäftigt sich derzeit mit dem Porsche-Prozess; hier sind Termin bis in den Februar hinein anberaumt.

Im aktuellen Fall wirft die Staatsanwaltschaft den Angeschuldigten vor – ohne dabei den Namen Heckler & Koch zu nennen –, in den Jahren 2006 bis 2009 an 16 Lieferungen von Gewehren und Zubehörteilen nach Mexiko beteiligt gewesen zu sein, schreibt die Stuttgarter Behörde in einer Mitteilung. Dabei sollen die Gewehre

und Zubehörteile mit Kenntnis der Angeschuldigten in mexikanische Bundesstaaten abgegeben worden sein, ohne dass eine deutsche Exportgenehmigung vorgelegen habe, so die Staatsanwaltschaft. Um wie viele Gewehre es sich dabei handelt, wollte die Erste Staatsanwältin Claudia Krauth nicht sagen. Spekulationen, wonach es 9500 Sturmgewehre sein sollen, wies Krauth zurück. Diese Zahl sei zu hoch, sagte sie.

Die Ermittlungen begannen 2010

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hatte im Frühsommer 2010 die Ermittlungen in dem Fall aufgenommen. Die lange Dauer der Untersuchungen begründet Krauth mit der Komplexität des Verfahrens. Alle Betroffenen seien in unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern für die Firma tätig gewesen. Hinzu kamen langwierige Ermittlungen im Ausland. Zunächst war der Personenkreis, der im Verdacht stand, auch deutlich größer. Doch gegen 13 Mitbeschuldigte wurde das Ermittlungserfahren inzwischen eingestellt, so die Staatsanwaltschaft.

Die Anklage, der Schriftsatz umfasst 188 Seiten, richtet sich nun noch gegen einen vormals für die Firma in Mexiko tätigen Verkaufsrepräsentanten, gegen eine Vertriebsmitarbeiterin, zwei ehemalige Vertriebsleiter sowie gegen zwei ehemalige Geschäftsführer, schreibt die Staatsanwaltschaft. Es handelt sich also fast ausschließlich um frühere Beschäftigte der Waffenschmiede. Ausnahme ist die Vertriebsmitarbeiterin. Sie hatte gegen ihre Kündigung geklagt. Vor dem Landesarbeitsgericht wurde dann ein Vergleich geschlossen; demnach wird ihre Weiterbeschäftigung an den Ausgang des Verfahrens geknüpft. Solange gilt ihr Arbeitsverhältnis rechtlich als schwebend.

Heckler & Koch hat die Staatsanwaltschaft unterstützt

»Heckler & Koch sieht der Beurteilung des Sachverhalts mit der Erwartung entgegen, dass die Sach- und Rechtslage durch ein unabhängiges Gericht nun abschließend erklärt wird«, schreibt das Oberndorfer Unternehmen in einer Mitteilung. Und: »Um die Aufklärung des Sachverhalts zu unterstützen, hatte Heckler & Koch im Jahr 2012 eine umfangreiche externe Untersuchung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG in Auftrag gegeben. Die Untersuchungsergebnisse wurden den zuständigen Ermittlungsbehörden zur Verfügung gestellt«, heißt es in der Mitteilung weiter.

Jürgen Grässlin begrüßt die Entscheidung

Der Friedensaktivist Jürgen Grässlin begrüßt die Anklageschrift als »vollen Erfolg«. In seinen Augen ist es positiv, dass zwei frühere Geschäftsführer sich rechtfertigen müssen und nicht nur »Sündenböcke aus dem mittleren Management« zur Verantwortung gezogen wurden. Kritisch sieht er allerdings, dass die Staatsanwaltschaft nicht auch gegen das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundesausfuhramt ermittelt habe. Die Kontrollbehörden hätten die Lieferungen nach Mexiko »geduldet, wenn nicht gar aktiv mitgeholfen«, behauptet Grässlin. Er kündigte juristische Schritte gegen die Staatsanwaltschaft an.

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.waffenexporte-beschaeftigten-die-justiz-ex-mitarbeiter-von-heckler-koch-angeklagt.8caac2ad-c4dc-4fd7-a552-dc9dc714da3b.html>

TV-Bericht in *SWR Landesschau* vom 05.11.2015, 19:45 Uhr und

SWR online vom 05.11.2015, 14.37 Uhr

Vorwürfe gegen Heckler & Koch aus Oberndorf Staatsanwaltschaft klagt frühere Mitarbeiter an

Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft hat gegen Verantwortliche von Heckler & Koch aus Oberndorf Anklage erhoben - wegen illegaler Waffenlieferungen nach Mexiko.

[Video 'Vorwurf der illegalen Waffenlieferungen' starten](#)

[Video herunterladen \(3,58 MB | mp4\)](#)

1:32 min | 5.11. | 19.30 Uhr | *SWR Fernsehen* in Baden-Württemberg

Mehr Info

Vorwurf der illegalen Waffenlieferungen

Wie die Staatsanwaltschaft am Donnerstag mitteilte, werde den Angeschuldigten vorgeworfen, in den Jahren 2006 bis 2009 in unterschiedlichen Funktionen an 16 Lieferungen von Gewehren und Zubehörteilen nach Mexiko beteiligt gewesen zu sein. Die Gewehre und Zubehörteile sollen mit Kenntnis der Angeschuldigten in mexikanischen Bundesstaaten abgegeben worden sein, »die nicht von den deutschen Exportgenehmigungen umfasst waren«, so die Staatsanwaltschaft in einer Mitteilung.

Der Rüstungsgegner Jürgen Grässlin hatte im April 2010 Strafanzeige gegen die Verantwortlichen der Firma Heckler & Koch gestellt. Auslöser für die nun getroffene Entscheidung, Anklage zu erheben, sind unter anderem Recherchen von *SWR* und *BR*, die in den *ARD*-Themenabend »Tödliche Exporte« mündeten.

Mehrere Mitarbeiter angeklagt

Konkret geht es um den Vorwurf des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetz. Die Anklage richte sich gegen zwei ehemalige Geschäftsführer von Heckler & Koch, zwei ehemalige Vertriebsleiter, eine Vertriebsmitarbeiterin und einen vormals für die Firma in Mexiko tätigen Verkaufsrepräsentanten. Gegen 13 Mitbeschuldigte sei das Ermittlungsverfahren eingestellt worden. Die Staatsanwaltschaft teilte weiter mit, dass es nun Sache des Landgerichts Stuttgart sei, das Hauptverfahren zu eröffnen.

Waffenhersteller erwartet abschließende Klärung

Der Waffenhersteller Heckler & Koch hatte schon im Frühjahr alle Schuld an den Vorgängen von sich gewiesen. Nun teilte er mit, man erwarte bei der Beurteilung des

Sachverhalts, dass die Sach- und Rechtslage abschließend geklärt werde. Heckler & Koch hatte 2012 eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Untersuchung betraut und die Ergebnisse den Ermittlern zur Verfügung gestellt.

<http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/vorwuerfe-gegen-heckler-koch-aus-oberndorf-staatsanwaltschaft-erhebt-anklage/-/id=1622/did=16428376/nid=1622/oo3nh8/>

Radio Dreyeckland vom 05.11.2015

Staatsanwaltschaft Stuttgart erhebt Anklage gegen Verantwortliche von Heckler&Koch

Am heutigen Donnerstag hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart Anklage gegen 6 Verantwortliche der Rüstungsfirma Heckler&Koch erhoben. Sie werden vor der grossen Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Stuttgart erscheinen müssen, weil ihnen die Staatsanwaltschaft vorwirft, gegen Gesetze zur Kontrolle der Rüstungsexporte verstossen zu haben.

Insbesondere geht es um 16 Lieferungen von ca. 5.000 Gewehren und Zubehör in bestimmte mexikanischen Bundesstaaten zwischen 2006 und 2009. Dabei wussten die Angeschuldigten, dass Rüstungsexporte in diesen Bundesstaaten nach deutschen Gesetzen illegal waren. Angeklagt sind unter anderem zwei ehemalige Geschäftsführer von Heckler und Koch. Die Staatsanwaltschaft stellte gleichzeitig die Ermittlungen gegen 13 weitere Mitbeschuldigten ein.

Der Anzeigerstatter Jürgen Grässlin, nannte die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Stuttgart einen höchst erfreulichen Erfolg für die Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel«. Er beklagte jedoch, dass diese Anklageerhebung um Jahre zu spät komme, weil er die Strafanzeige 2010 gestellt hatte. Er kritisierte ebenfalls massiv die Einstellung der Ermittlungen gegen 13 weitere Mitbeschuldigten.

Jürgen Grässlin forderte ausserdem, dass auch die verantwortlichen Mitarbeiter aus dem Bundesausfuhramt und dem Bundeswirtschaftsministerium zur Rechenschaft gezogen werden, weil sie für die Kontrolle der Rüstungsexporte zuständig sind. Weil dies die Staatsanwaltschaft Stuttgart unterlassen habe, werde er Beschwerde einlegen.

<https://rdl.de/beitrag/staatsanwaltschaft-stuttgart-erhebt-anklage-gegen-verantwortliche-von-hecklerkoch>

Neue Rottweiler Zeitung online vom 5. November 2015

Heckler und Koch: Peter Beyerle auf der Anklagebank?

Mexiko-Deal: Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen sechs Mitarbeiter des Oberndorfer Waffenherstellers

Autor/Quelle: Martin Himmelheber

[Foto] Heckler und Koch in Oberndorf. Archivbild: him

STUTTGART/OBERNDORF / ROTTWEIL (pm/him) - Den ehemaligen Rottweiler Landgerichtspräsidenten Peter Beyerle holt aller Wahrscheinlichkeit nach seine Vergangenheit ein. Beyerle hatte nämlich nach seiner Pensionierung beim Oberndorfer Waffenhersteller Heckler und Koch zunächst als Justitiar und später als Geschäftsführer gearbeitet. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart gegen sechs Angeschuldigte Anklage zum Landgericht - Große Wirtschaftsstrafkammer - Stuttgart wegen des Vorwurfs des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetz erhoben. Unter ihnen ist nach *NRWZ* Informationen auch Beyerle.

Gegen die anderen 13 Mitbeschuldigten wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt, heißt es in einer Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Stuttgart. Den Angeschuldigten wirft die Staatsanwaltschaft vor, in den Jahren 2006 bis 2009 in unterschiedlichen Funktionen an 16 Lieferungen von Gewehren und Zubehörteilen nach Mexiko beteiligt gewesen zu sein. Dabei sollen die Gewehre und Zubehörteile mit Kenntnis der Angeschuldigten in mexikanische Bundesstaaten abgegeben worden sein, die nicht von den deutschen Exportgenehmigungen umfasst waren. Die Angeschuldigten waren in unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern für die Firma tätig gewesen.

Die Anklage richtet sich gegen einen vormals für die Firma in Mexiko tätigen Verkaufsrepräsentanten, gegen eine Vertriebsmitarbeiterin, zwei ehemalige Vertriebsleiter, sowie gegen zwei ehemalige Geschäftsführer. Ein weiterer HK-Mitarbeiter, der ebenfalls zu dem Kreis der Angeschuldigten zählte, ist kürzlich verstorben.

Zur besagten Zeit war der frühere Rottweiler Landgerichtspräsident Peter Beyerle einer der Geschäftsführer bei Heckler und Koch in Oberndorf. Wenn die 13. Kammer des Landgerichts Stuttgart es will, findet sich vermutlich Beyerle demnächst auf der Anklagebank wieder.

Das Stuttgarter Gericht hat nämlich »über die Eröffnung des Hauptverfahrens und die Anberaumung der Verhandlungstermine zu entscheiden«, so die Staatsanwaltschaft abschließend.

Begonnen hatten die Ermittlungen im Sommer 2010 nach einer Anzeige von Jürgen Grässlin. Von der *NRWZ* damals befragt, betonte Peter Beyerle am 16. August 2010, der Markt in Mexiko sei »ein völlig unbedeutender«, und er sei zur fraglichen Zeit noch nicht Geschäftsführer bei HK gewesen. Allerdings hatte er zuvor schon als Justitiar für das Unternehmen gearbeitet.

Das Ermittlungsverfahren zog sich seither in die Länge, eine große Razzia im Dezember 2011 sorgte für Aufsehen, brachte aber zunächst nichts Neues an die Öffentlichkeit.

Erst als im April 2013 die Oberndorfer Firma selbst zwei langjährige Mitarbeiter fristlos entließ, weil sie für die Waffenexporte nach Mexiko verantwortlich seien, kam Schwung in die Sache. Per Aushang, den die *NRWZ* damals erstmals veröffentlichte, hatten die Geschäftsführer Niels Ihloff und Martin Lemperle der Belegschaft mitgeteilt, die beiden Mitarbeiter hätten »eigenmächtig, ohne Wissen und Wollen anderer Personen im Unternehmen« gehandelt.

Bei einem Arbeitsgerichtsverfahren, das die beiden Geschassten angestrengt hatten, kamen zahlreiche Details über die Mexiko-Geschäfte ans Licht. Und die These von den beiden Alleinverantwortlichen geriet ins Wanken. Auch die Rolle Beyerles bei den Exporten nach Mexiko wurde deutlich. Er war für die Exportgenehmigungen zuständig und beriet sich mit dem inzwischen verstorbenen Exportfachmann über die zu stellenden Anträge.

Das haben nun offenbar auch die Stuttgarter Staatsanwälte so gesehen und Anklage gegen sechs HK-Mitarbeiter oder ehemalige Mitarbeiter erhoben. Für Jürgen Grässlin, den Anzeigenerstatter, gibt es einerseits heute »Grund zu feiern«, wie er der *NRWZ* erklärt. Dennoch sieht er ein großes Versäumnis bei der Staatsanwaltschaft, nämlich dass die Mitverantwortlichen im Bundesausfuhramt und im Außenministerium ungeschoren davon kommen sollen. »Ich werde deshalb Beschwerde einlegen, weil versäumt wurde, gegen die Mitverantwortlichen zu ermitteln.« Und das obwohl er auch gegen diese Mitarbeiter Anzeige erstattet habe.

<http://www.nrwz.de/tipps-der-redaktion/mexiko-deal-staatsanwaltschaft-erhebt-anklage-gegen-sechs-hkler/20151105-1310-102018>

Bayerischer Rundfunk / BR24 vom 05.11.2015

Waffenexporte von Heckler & Koch

Staatsanwaltschaft erhebt Anklage

Deutsche Waffen sollen nicht in Krisengebiete, so will es der Gesetzgeber und auch die große Mehrheit der Bevölkerung. Dennoch tauchten deutsche Sturmgewehre bei der Drogenmafia in Mexiko auf. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat nun Anklage erhoben.

[Foto] Blutiges Geschäft: Das deutsche Gewehr G36 im Drogenkrieg in Mexiko

Die exportierten G36-Gewehre stammen aus einem Geschäft zwischen Heckler & Koch und der mexikanischen Regierung. Der Export von Kriegswaffen durch Heckler & Koch wurde vom zuständigen Wirtschaftsministerium selbst dann weiter genehmigt, als das Bundesamt für Ausfuhrkontrolle längst Unregelmäßigkeiten gemeldet hat. Das haben exklusive Recherchen von Daniel Harrich vom *BR/SWR*-Rechercheteam ergeben.

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat deshalb gegen sechs Personen Anklage erhoben. Sie wirft ihnen einen Verstoß gegen das Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetz vor.

»Den Angeschuldigten wird vorgeworfen, in den Jahren 2006 bis 2009 in unterschiedlichen Funktionen an 16 Lieferungen von Gewehren und Zubehörteilen nach Mexiko beteiligt gewesen zu sein, wobei die Gewehre und Zubehörteile mit Kenntnis der Angeschuldigten in mexikanische Bundesstaaten abgegeben worden sein sollen, die nicht von den deutschen Exportgenehmigungen umfasst waren.«

Erklärung der Staatsanwaltschaft Stuttgart

[Foto] Waffen für Mexiko Der Fall Heckler & Koch

Laut der Staatsanwaltschaft waren die Angeschuldigten in unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern für die Firma tätig gewesen. Die Anklage richtet sich gegen einen vormals für die Firma in Mexiko tätigen Verkaufsrepräsentanten, gegen eine Vertriebsmitarbeiterin, zwei ehemalige Vertriebsleiter, sowie gegen zwei ehemalige Geschäftsführer. Gegen 13 weitere Mitbeschuldigte wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt.

Fünf Jahre Ermittlungen

Schon 2008 hatte das Bundesausfuhramt in Eschborn Heckler & Koch überprüft. Schon damals stellte das Amt offenbar gravierende Unregelmäßigkeiten bei den Mexiko-Exporten fest: Heckler und Koch konnte nicht schlüssig nachweisen, wo die G36-Gewehre in Mexiko tatsächlich verblieben sind. Das war aber Vorschrift.

»Heckler und Koch hatte keinen Einfluss darauf, wohin die Waffen geliefert wurden.«

Mitteilung von Heckler & Koch auf *ARD*-Anfrage

11.000 deutsche Gewehre für den Drogenkrieg

Die Genehmigungen wurden 2010 offenbar ausgesetzt. Im gleichen Jahr erstattete der Rüstungsgegner Jürgen Grässlin Strafanzeige gegen die Verantwortlichen der Firma Heckler & Koch. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart ermittelte über fünfeinhalb Jahre. Ausschlaggebend für die Anklage waren auch die journalistischen Enthüllungen des *ARD*-Themenabends »Tödliche Exporte« am 23. September 2015.

»Alle Exportgenehmigungen für Heckler & Koch müssen sofort gestoppt werden. Dieses Unternehmen ist nicht mal mehr nach den butterweichen Maßstäben der Bundesregierung vertrauenswürdig.«

Jan van Aken, Die Linke

Insgesamt sind über 11.000 G36 an die mexikanische Polizei geliefert worden. Wie viele dieser Sturmgewehre bei der Drogenmafia gelandet sind, weiß niemand.

<http://www.br.de/nachrichten/heckler-koch-mexiko-100.html>

Badische Zeitung online vom 05.11.2015

Waffenhandel

Staatsanwaltschaft Stuttgart erhebt Anklage gegen Heckler & Koch-Mitarbeiter

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat gegen sechs Mitarbeiter des Waffenherstellers Heckler & Koch Anklage erhoben. Der Vorwurf: Verstoß gegen das Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetz.

[Foto]

Verschiedene Ausführungen der Maschinenpistole M5 im Firmensitz von Heckler und Koch in Oberndorf. Foto: *dpa*

Die Ermittlungsverfahren gegen 13 weitere Beschuldigte wurden eingestellt. Die Verfahren gehen auf eine Anzeige des Freiburger Rüstungskritikers Jürgen Grässlin vor fünf Jahren zurück.

Die Staatsanwaltschaft wirft den Heckler&Koch-Mitarbeitern vor, in den Jahren 2006 bis 2009 in unterschiedlichen Funktionen an 16 Lieferungen von Gewehren und Zubehörteilen nach Mexiko beteiligt gewesen zu sein.

Täuschung über den Endverbleib der Waffen

Das Oberndorfer Unternehmen habe in dem genannten Zeitraum Gewehre und Zubehörteile in mexikanische Bundesstaaten geliefert. Diese Lieferungen seien nicht von den deutschen Exportgenehmigungen gedeckt gewesen. Grässlin wirft den Verantwortlichen vor, sie hätten sich die Genehmigungen unter anderem mit falschen Angaben zum Endverbleib der Waffen erschlichen. Die Beschuldigten waren in unterschiedlichen Funktionen für Heckler&Koch tätig, sowohl in Oberndorf wie auch in Mexiko.

Zu ihnen zählen unter anderem zwei ehemalige Geschäftsführer. Der Fall liegt nun bei der für Wirtschaftsstraftaten zuständigen 13. Kammer des Landgerichts Stuttgart. Sie muss entscheiden, ob ein Hauptverfahren eröffnet wird.

<http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/staatsanwaltschaft-stuttgart-erhebt-anklage-gegen-heckler-und-koch-mitarbeiter--113375144.html>

Stand: 08.11.2015